

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 15 – Religionsfreiheit an öffentlichen Schulen sicherstellen

Dazu sagt die Vorsitzende und religionspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Eka von Kalben:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 309.18 / 05.09.2018

An Schulen muss Toleranz und Vielfalt gelebt, gelehrt und gelernt werden

Wir leben in verstörenden Zeiten. Fast täglich erreichen uns Nachrichten, die uns zeigen, dass das friedliche Zusammenleben der Gesellschaft in Deutschland keine Selbstverständlichkeit ist. Menschen werden aufgrund ihres Glaubens zu Feinden gemacht und aus der Gesellschaft ausgegrenzt.

Aus diesem Grunde wollen wir, dass in unseren Schulen Toleranz und Vielfalt gelebt, gelehrt und gelernt werden. Wir wollen, dass alle Kinder hier im Land lernen, dass jeder Mensch gleich viel wert ist, und dass sie lernen, dass Diversität nichts ist, was gefürchtet werden muss.

Ganz besonders geeignet ist dafür natürlich der Religions- und Philosophieunterricht. Hier findet Wertevermittlung statt und hier kann auch der Ort sein, etwas über die unterschiedlichen Religionen zu lernen. Denn bekanntlich ist die Angst vor dem am größten, was wir am wenigsten kennen. Auch wenn sie meist unbegründet ist.

Unsere Verfassung und der Lehrplan sehen es vor, dass Kinder zum einen alle Möglichkeiten haben sollen, verschiedene Religionen kennenzulernen, und dass sie zum anderen die Möglichkeit haben sollen, konfessionsfreien Unterricht zu bekommen.

Doch leider wissen wir, dass das nicht die Realität ist. Wir haben weder genug Fachlehrkräfte für Philosophie, noch für alle Religionen, die wir als konfessionsgebundenen Unterricht anbieten müssten. Und das ist nicht nur eine Frage der fehlenden Stellen, sondern auch der fehlenden Köpfe. In Flensburg studieren aktuell gerade acht Studierende den Master-Studiengang Grundschullehramt mit der Fachrichtung Philosophie. Das IQSH hat bisher 188 Grundschullehrkräfte mit anderen Fachrichtungen für den Phi-

osophieunterricht weitergebildet. Trotzdem fehlen laut der zuständigen Studienleiterin noch weitere 200 Pädagog*innen, die wenigstens eine Basis-Qualifikation haben.

Ich frage mich allerdings, ob es überhaupt zielführend ist, den Klassenverband immer weiter aufzuteilen. Angesichts dessen, was dieser Unterricht meines Erachtens vermitteln soll.

Wenn es offensichtlich schon zu viel Spaltung in unserer Gesellschaft gibt, sollten wir in der Schule dann nicht lieber mehr Gewicht auf Gemeinsames Lernen legen?

Ich mache keinen Hehl daraus, dass wir Grüne am liebsten einen religions- und philosophiewissenschaftlichen Unterricht für die ganze Klasse hätten, und dass generell ein Ethikunterricht im Klassenverband angestrebt werden sollte. Ein Unterricht für alle.

Doch das lässt unsere Verfassung nicht zu. Deshalb bin ich der evangelischen Kirche in Schleswig-Holstein auch sehr dankbar, dass sie – ähnlich wie in Hamburg – ihren Religionsunterricht sehr interreligiös ausrichtet.

Religion ist Privatsache, sagen viele. Das ist in einem Land, in welchem es eine Trennung von Staat und Kirche gibt, richtig. Keine Frage. Aber der Schutz der Religionsfreiheit ist eben keine Privatsache mehr. Und je mehr im Namen der Religion anderen Menschen Leid zugefügt wird, umso mehr muss man diejenigen schützen, deren Religion für Taten des Hasses missbraucht wird.

In Deutschland sind Religionsgemeinschaften Teil der Gesellschaft und bewegen sich im Rahmen unserer Grundwerte. Und das ist wichtig. Solange sich alle an unser Grundgesetz halten, ist ein friedliches Miteinander möglich.

Ihr Antrag, lieber SSW, fordert im Grunde das, was schon Recht und Gesetz ist. Eltern sollen über die Wahlfreiheit informiert werden. Wo dies nicht geschieht – und ich kenne solche Schulen – ist es gegen die Verordnung. Schulen sollen gleichwertigen Unterricht anbieten. Wo das nicht geschieht, liegt es an Engpässen.

Lieber SSW, das war in unserer Regierungszeit so und das ist zum Teil leider heute noch so. Insofern ist der Antrag eine typische Oppositionsmahnung. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Vielen Dank.
